

Auf diese Möglichkeit verweist auch Josef Hecken: Seit 2022 könnten auch Versicherte per Videosprechstunde krankgeschrieben werden, die dem Arzt unbekannt seien. Unterschiede gebe es aber bei der Dauer der erstmaligen Krankschreibung: „Für in der Arztpraxis unbekannte Versicherte ist diese bis zu drei Kalendertage möglich, für bekannte Versicherte bis zu sieben Kalendertage.“

## Ärzteschaft

Änd.de, 21.06.2023

### 3.000 Teilnehmer demonstrierten in Stuttgart gegen Gesundheitspolitik

„Jetzt reicht's“ war das Motto des heutigen Ärzteprotests der baden-württembergischen Ärzteschaft und Psychotherapeuten in Stuttgart. Rund 3.000 Teilnehmer demonstrierten mit Transparenten und Trillerpfeifen mit ihren Praxisteams lautstark und mitten auf dem Schlossplatz der Landeshauptstadt. Initiator der Protestaktion war MEDI Baden-Württemberg – in Kooperation mit elf weiteren ärztlichen Berufsverbänden. Ihre Forderungen: Sicherstellung der ambulanten Versorgung und bessere Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Praxen.

Dr. Michael Eckstein ist stellvertretender MEDI-Vorstandsvorsitzender und Initiator der großen Protestaktion in Baden-Württemberg. Der Hausarzt aus Reilingen im Rhein-Neckar-Kreis führte am heutigen Mittag durch das Bühnenprogramm. Die „Höllenglocken“ aus dem ACDC-Song Hells Bells ertönten und Eckstein kam auf die Bühne und heizte die Stimmung bei den Praxisteams an. Er begann, sich über die „katastrophale Berliner Politik der letzten Jahre“ zu beschweren. Sie sei ein Desaster für die Niedergelassenen. „Wir haben bisher stillgehalten: Wir haben die unsägliche TI unter Strafandrohung einführen müssen, wir haben den Großteil der Patienten in der Coronapandemie versorgt und die Krankenhäuser vor dem Zusammenbruch gerettet, wir erdulden eine uralte GOÄ, die Fachärzteschaft erduldet einen Diebstahl ihrer Honorare. Aber damit ist jetzt Schluss! Uns reicht's jetzt!“, rief Eckstein in sein Mikrofon – und animierte die Demonstrierenden mitzumachen. „Jetzt reicht's!“ riefen die Menschenmasse vor der Bühne zurück.

Solidarität von der KV

Dann begrüßte Eckstein die beiden Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg: den Vorsitzenden Dr. Karsten Braun und die stellvertretende Vorsitzende Dr. Doris Reinhardt. Sie seien heute gekommen, um zu zeigen, dass sie die Proteste der Niedergelassenen unterstützten. Die beiden hielten ein großes Paket in der Hand mit der Aufschrift „Solidarität“, das sie an den Moderator übergaben. „Wie wir wissen, ist die KV in ihren Möglichkeiten als Körperschaft des öffentlichen Rechts begrenzt, aber beide Vorsitzende stehen hinter diesem Protesttag und unterstützen viele unserer Forderungen“, so Eckstein. Grußwort und Solidaritätsbekundungen kamen auch von Dr. Wolfgang Miller, dem Präsidenten der Landesärztekammer.

Dann kam der erste Redner auf die Bühne: MEDI-Vorstandschef und -Gründer Dr. Werner Baumgärtner. Er hatte heute seinen letzten großen Auftritt in dieser Funktion. Im Juli soll der stellvertretende MEDI-Vorsitzende Dr. Norbert Smetak den Vorsitz übernehmen. Als „einer der Väter der hausarztzentrierten Versorgung und der Vater der Facharztverträge in Baden-Württemberg“ begrüßte Eckstein Baumgärtner auf der Bühne und bedankte sich bei ihm für seinen „unermüdligen Einsatz“ für die Niedergelassenen in Baden-Württemberg.

„Die Ärztinnen und Ärzte haben Dir viel zu verdanken“, sagte Eckstein. Baumgärtner übernahm das Wort und kritisierte als erster Redner auf der Bühne die „Flickschusterei“ der Politik: „Das Gesundheitssystem ist krank. Die politisch verantwortete Budgetierung, Zwangsdigitalisierung, gesetzliche Reglementierung und Überbürokratisierung zerstören die Praxen. Die Regel ist heute, dass niedergelassene Praxen nicht nachbesetzt werden und das ist erst der Anfang“, mahnte Baumgärtner.

Dann gab es einen Generationenwechsel: Die junge niedergelassene Allgemeinmedizinerin Dr. Cathérine Hetzer-Baumann aus Altenriet trat auf die Bühne. Sie engagierte sich für das Nachwuchsprogramm Young MEDI. Auch sie kritisierte die zunehmende Bürokratisierung in den Praxen: „Es kann nicht sein, dass die Zeit an und mit unseren Patientinnen und Patienten mittlerweile den geringsten Anteil im Praxisalltag einnimmt. Dafür bin ich nicht Ärztin geworden.“

Im Anschluss kritisieren die beiden Vorstandsvorsitzenden des Hausärzteverbands Baden-Württemberg Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göppfardh und Dr. Susanne Bublitz die „politische Tatenlosigkeit“ und das aktuelle Versagen der Politik. Sie sprechen sich gegen eine „Zersplitterung der ambulanten Versorgung“ aus und fordern ein bezahlbares Gesundheitswesen. Dabei verwiesen auf die hausarztzentrierte Versorgung, die das Gesundheitssystem nachweislich ökonomischer mache und gleichzeitig für eine bessere medizinische Versorgung Sorge.

### MFA vermissen Wertschätzung von der Politik

Als Vertreterin der Medizinischen Fachangestellten trat Petra Schäfer auf die Bühne. Die MFA und Praxismanagerin arbeitet in einer Praxis für Psychiatrie und Psychotherapie in Herrenberg. „Wir MFA sind eine tragende Säule der ambulanten Versorgung!“, rief sie auf der Bühne den Demonstrierenden zu und beklagte die fehlende Wertschätzung der Politik gegenüber der MFA. Sie erinnerte daran, was MFA in der Pandemie an „Schwerarbeit unter schwierigen Bedingungen geleistet“ hätten. Ihr großer Kritikpunkt: Der fehlende Corona-Bonus. Am Ende ihrer Rede überreichte Moderator und Hausarzt Eckstein der MFA einen Umschlag. „Die Politik hat Sie vergessen, aber wir haben Sie nicht vergessen. Wir haben noch etwas für Sie: Als kleinen Trost möchten wir Ihnen, stellvertretend für alle MFA, einen ganz besonderen Corona-Bonus überreichen“, sagte Eckstein.

Große Unzufriedenheit zeigte sich auch bei der Fachärzteschaft. Dr. Bernd Salzer, Vorsitzender vom Spitzenverband der Fachärztlichen Berufsverbände Baden-Württemberg (SFB) skizzierte die aktuelle Situation in den Praxen. Er sprach von einer „zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Bürokratie“ und sich unter anderem dafür aus, „die Arbeit der MFA in den Praxen und nicht nur der Verahs oder anderem Assistenzpersonal im Einzelnen zu bezahlen“. Dr. Christiane von Holst kam für den Berufsverband der Frauenärzte auf die Bühne. „Eigentlich habe ich mir den schönsten Beruf der Welt ausgesucht, aber nach 15 Jahren Berufserfahrung in der eigenen Praxis muss ich leider feststellen, dass es so nicht mehr stimmt“, bedauerte von Holst. Sie kritisierte, die „All Inclusive Medizin, die 24-Stunden-Schichten die Woche von Leistungserbringern“ einfordere. „45 Euro pro Patient pro Quartal werden uns für diese Leistung angeboten! Für diese Summe rührt sich kein Handwerker“, ärgerte sich von Holst.

### Forderung nach „Versorgung auf Schildkrötenniveau“

Dr. Burkhard Lembeck, Präsident vom Berufsverband der Orthopäden und Unfallchirurgen, erzählte seine ganz eigene Geschichte, um die aktuelle Lage der Fachärzteschaft zu veranschaulichen: Er berichtete vom Tierarztbesuch mit seiner griechischen Landschildkröte Waltraud und einer anschließenden Rechnung von 120 Euro für zwei schnelle Kontakte beim Kollegen.

„Davon können wir nur träumen! 55 Euro pro Quartal, das bekommt der durchschnittliche Orthopäde für drei Monate Vollversorgung in Baden-Württemberg, in anderen Bundesländern sieht das noch trüber aus – und das inklusive aller Leistungen. Euch steht zumindest eine Versorgung auf Schildkrötenniveau zu!“, forderte Lembeck.

Die Psychotherapeutin Rosemarie Wagner vom Verband der hessischen Ärztenetze Hessenmed demonstrierte ihre Solidarität stellvertretend für die hessische Ärzteschaft und sprach ein kurzes Grußwort an die baden-württembergischen Kolleginnen und Kollegen. Die Zahnärzteschaft von Dentimed zeigte sich ebenso solidarisch mit den Praxisteams und machte auf ihre eigenen Nöte aufmerksam. Das sei wie bei den Ärztinnen und Ärzten eine „uralte Gebührenordnung“. Die Unterstützung durch die Zahnärzteschaft zeige die Geschlossenheit aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, kommentierte Eckstein.

### Comedian gibt Tipps für medizinische Selbstversorgung

Auch die Patientenperspektive fehlte beim Protesttag nicht. Sie wurde von Poetry Slammer und Comedian Max Osswald dargestellt – auf eine humoristische Art und Weise. „Meine Leistungen im medizinischen Bereich bestehen hauptsächlich darin, ungefähr zu wissen, wo's wehtut“, sagte Osswald am Anfang seines 15-minütigen Programms und gab Tipps, im Jahr 2023 medizinisch behandelt zu werden! Einer davon lautete: „Wenn Du keinen Arzttermin bekommst, dann suche Dir Freunde in allen medizinischen Fachdisziplinen!“ Ein anderer: „Buch Dir schon jetzt Facharzttermine – egal, ob Du sie brauchst!“ „Mit Max Osswalds Auftritt wollen wir deutlich machen, wie absurd unser Gesundheitssystem mittlerweile ist und zu welchen Nöten das bei unseren Patientinnen und Patienten führt“, erklärte Eckstein im Vorfeld der Veranstaltung. „Es darf heute auch gelacht werden, wenn auch aus Verzweiflung“, so der Hausarzt.

Der Landesverband der Kinder- und Jugendärzte war beim Protesttag durch seinen Vorsitzenden Dr. Roland Fressle vertreten. Er machte in seiner Rede auf die dramatische Terminnot und die Aufnahmestopps der Kinder- und Jugendärzteschaft aufmerksam. Eltern von Neugeborenen fänden aktuell keinen Kinderarzt mehr. Außerdem wies er auf den Medikamentennotstand hin. Seine Forderungen für die Kinder- und Jugendärzteschaft an die Politik: Sicherstellung der Medikamentenforderung, Anpassung der Bedarfsplanung an den realen Bedarf, Bürokratieabbau, eine sinnvolle Digitalisierung und mehr Anerkennung für den MFA-Beruf.

### Arzttermine via Glücksrad

Der designierte MEDI-Vorstandsvorsitzende und Kardiologe aus Kirchheim unter Teck Dr. Norbert Smetak beendete mit seiner Rede den heutigen Protesttag mit einer klaren Warnung an die Politik: „Wenn Ihr nicht aufwacht und endlich auf die Basis hört, werden wir nicht ruhen – im Interesse unserer Patientinnen und Patienten und unserer Praxen zu protestieren. Wenn Ihr die Rahmenbedingungen nicht ändert, werdet Ihr keine jungen Ärztinnen und Ärzte für die Niederlassung gewinnen. Und auch wenn wir Praxisinhaber nicht streiken dürfen, werden wir Mittel und Wege finden auf unsere Probleme aufmerksam zu machen.“

Zum Schluss wartete auf die Demonstrierenden und Bürgerinnen und Bürger, die sie sich neugierig um den Schlossplatz versammelten, ein Glücksrad. „Hier dürfen alle heute ihr Glück probieren und einen Arzttermin gewinnen. Wer Pech hat, bekommt ein Trostpflaster, wer einen Termin im nächsten Jahr erhält, eine Packung Studentenfutter als Nervennahrung“, kündigte Eckstein die Aktion an. „Die zweistündige Protestaktion heute, zeigt die geballte Ladung all unserer Probleme“, so der Moderator des heutigen Protesttags. „Und wenn wir nicht gehört werden, werden wir weitermachen.“ Autor/-in: Tanja Reiners

**SWR, 21.06.2023**

## **Ärzte-Protest gegen Unterfinanzierung im Gesundheitswesen**

Mit einer Demonstration in Stuttgart machen die Ärzte Baden-Württembergs auf Missstände im Gesundheitswesen aufmerksam. Sie fordern weniger Bürokratie und eine bessere Versorgung.

Mehrere tausend niedergelassene Ärztinnen und Ärzte haben am Mittwoch gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die aus ihrer Sicht fehlgeleitete Gesundheitspolitik demonstriert. Sie forderten unter anderem weniger Bürokratie und mehr Geld für eine bessere Patientenversorgung. Die Veranstalter sprachen von rund 3.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Die Demonstrierenden trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen "Mehr Zeit für Patienten" oder "Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist" zu lesen war.

Die Rednerinnen und Redner kritisierten unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung, die in den Praxen für viel Arbeit Sorge. "Uns wird eine Digitalisierung aufgezwängt, die zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht ist", sagte Norbert Smetak, stellvertretender Vorsitzender des Medi-Verbands, der die Kundgebung organisiert hatte. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben rund 5.000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg.

Kritik an Wegfall der "Neupatientenregelung"

Außerdem kritisieren die Ärztinnen und Ärzte eine aus ihrer Sicht überholte Gebührenordnung sowie den Wegfall der sogenannten Neupatientenregelung. Diese garantierte den Praxen, dass sie für neu aufgenommene Patientinnen und Patienten ein zusätzliches Honorar bekamen. "Mit dem Wegfall wächst die Terminnot wieder", sagte Smetak.

Unterstützung erhielten die Ärztinnen und Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Die Praxen seien das Rückgrat der medizinischen Versorgung, sagte deren Vorsitzender Karsten Braun. "Wenn hier die Versorgung als gefährdet angesehen wird, ist das mehr als ein Alarmzeichen." Es brauche weniger Bürokratie und ein zeitgemäßeres Vergütungssystem, das etwa auch zur Entlastung angestelltes Personal abbilde.

Eine der Ärztinnen, die sich am Protest in Stuttgart beteiligte, ist die Tübinger Frauenärztin Ruth Mayer. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Eva Neunhoeffler hat sie eine Online-Petition zur Rettung der ambulanten Versorgung gestartet.

Petition gegen "Unterfinanzierung und Mangelverwaltung"

Darin prangern die beiden Medizinerinnen "ein System der Unterfinanzierung und Mangelverwaltung" an. Mit Budgetierung und Pauschalen hätten Politik und Krankenkassen dafür gesorgt, dass das Wohl der Patientinnen und Patienten außen vor bleibe.

Inzwischen seien Vergütung und Arbeitsbedingungen so schlecht, dass sich niemand mehr in Niederlassung begeben wolle. "So geht es nicht mehr weiter", finden die Ärztinnen. Die Grenze des Verantwortbaren sei längst überschritten.

Ärztmangel: Mediziner arbeiten auch im Alter noch weiter

Wegen des Mangels an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten arbeiten an vielen Orten Mediziner auch dann noch weiter, wenn sie schon längst in Rente sein sollten. So arbeitet der mittlerweile 76-jährige Hausarzt Herbert Neuwirth aus Obereisesheim bei Neckarsulm (Kreis Heilbronn) noch immer mit in der Praxis, die längst sein Sohn Tobias übernommen hat. Dort werde er auch gebraucht, sagt der Junior.

Pensionierungswelle droht Situation zu verschärfen

Laut dem Sprecher der Ärzteschaft Heilbronn, Martin Uellner, sind 40 Prozent der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Heilbronn älter als 61 Jahre - dies sei beispielhaft für andere Städte in Baden-Württemberg. Er rechnet damit, dass in fünf Jahren die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Heilbronn um ein Drittel zurückgeht, die Anzahl der Praxen sogar um die Hälfte. Das würde dann bedeuten, dass bis zu 30 Prozent der Heilbronnerinnen und Heilbronner keinen Hausarzt oder keine Hausärztin mehr hätten.

Auch Uellner selbst betreibt mit 63 Jahren im Stadtteil Böckingen noch selbst eine Praxis. Nachdem eine Praxis in der Nachbarschaft geschlossen wurde, sei auch bei ihm eine Patientin aufgeschlagen und habe um eine Aufnahme gebeten und gebettelt, sie habe drei Krebsarten und keinen Hausarzt mehr. Sowohl er als auch Neuwirth haben sich dem Protest auf dem Schlossplatz in Stuttgart angeschlossen.

**Ärzteblatt, 21.06.2023**

### **Niedergelassene Ärzte protestieren gegen Gesundheitspolitik**

Mehrere tausend niedergelassene Ärztinnen und Ärzte haben heute gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die aus ihrer Sicht fehlgeleitete Gesundheitspolitik demonstriert.

Die Veranstalter sprachen von rund 3.000 Teilnehmern. Die Demonstranten trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen „Mehr Zeit für Patienten“ oder „Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist“ zu lesen war.

Die Rednerinnen und Redner kritisierten unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung, die in den Praxen für viel Arbeit Sorge.

„Uns wird eine Digitalisierung aufgezwängt, die zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht ist“, sagte Norbert Smetak, stellvertretender Vorsitzender des Medi-Verbands, der die Kundgebung organisiert hatte. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben rund 5.000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg.

Außerdem kritisieren die Ärztinnen und Ärzte eine aus ihrer Sicht überholte Gebührenordnung sowie den Wegfall der sogenannten Neupatientenregelung. Diese garantierte den Medizinerinnen, dass sie für neu aufgenommene Patienten ein zusätzliches Honorar bekamen. „Mit dem Wegfall wächst die Terminnot wieder“, sagte Smetak.

## Presseauswertung vom 22.06.2023

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) unterstützte die Ärzteproteste und schloß sich den Forderungen der Berufsverbände an. KVBW-Vorstandschef Karsten Braun sagte im Vorfeld der Veranstaltung in Stuttgart: „Die Politik sollte es ernst nehmen, wenn die Ärzteschaft quer durch die Berufsverbände zu einer zentralen Protestaktion aufruft.“

Die Rahmenbedingungen für die ärztliche und psychotherapeutische Tätigkeit würden immer schwieriger und auch die Patienten klagten über lange Wartezeiten, so Braun.

Statt für mehr Arztzeit zu sorgen, würde die Politik diese weiter beschränken. „Das fängt bei der Vergütung an. Nach wie vor unterliegen die Ärzte und Psychotherapeuten einer Budgetierung. Das passt überhaupt nicht mehr in die heutige Zeit des Ärztemangels. Und entlastendes angestelltes Personal, sei es ärztlich oder nicht-ärztlich, wird in der Vergütung nicht angemessen abgebildet“, erklärte Braun. Außerdem sei es notwendig, die Belastung der Praxen durch unnötige Bürokratie zu reduzieren.

Die stellvertretende KV-Vorstandsvorsitzende Doris Reinhardt mahnt, dass die Niederlassung für Ärzte attraktiver werden müsse. „Wir müssen den Praxen mehr Freiheit einräumen, auch bei telemedizinischen Beratungsangeboten. Unsere große Sorge ist, dass wir immer weniger Mitglieder haben, die bereit sind, die Verantwortung für eine Praxis zu übernehmen und damit die betriebswirtschaftliche Verantwortung für ein Unternehmen mit ärztlichen und nichtärztlichen Angestellten.“ © dpa/bro/aerzteblatt.de

## Ärzte-Zeitung, 21.06.2023

### Ärzte-Demonstration in Stuttgart: „Wir werden uns Gehör verschaffen“

Bei einer Protestkundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz bricht sich der gesammelte Frust niedergelassener Ärztinnen und Ärzte Bahn. Zehn Verbände fordern mit Nachdruck, von der Politik mehr gehört zu werden.

Mehr als 3000 Ärztinnen und Ärzte und ihre Praxisteamer haben am Mittwochmittag in Stuttgart ihren Unmut über die Gesundheitspolitik der Ampel-Koalition zum Ausdruck gebracht.

MEDI Baden-Württemberg hatte zu einer Protestkundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz aufgerufen, weitere zehn Verbände, unter ihnen der Landeshausärzterverband, haben sich dem angeschlossen.

Der Initiator der Veranstaltung, der Hausarzt und MEDI-Vorstandsvize Dr. Michael Eckstein, hofft, dass von dem Protest ein „Signal der Geschlossenheit“ ausgeht. „Die miserable, planlose Gesundheitspolitik der letzten Jahre bis Jahrzehnte betrifft alle Praxen“, sagte Eckstein der Ärzte Zeitung.

„Es ist nicht mehr hilfreich, wenn jede Fachgruppe oder jeder Verband sich nur für Einzelinteressen einsetzt“, so der Hausarzt. Das gemeinsame Interesse sei die „Sicherung der ambulanten Haus- und Facharztpraxen“.

## Presseauswertung vom 22.06.2023

Baumgärtner: Gesundheitssystem ist „krank“

Bei der Veranstaltung warf MEDI-Chef Dr. Werner Baumgärtner Gesundheitspolitikern „Flickschusterei“ vor. Er bezeichnete in seinem Redetext, aus denen Ausschnitte der Ärzte Zeitung vorab vorlagen, das Gesundheitssystem als „krank“: „Die politisch verantwortete Budgetierung, Zwangsdigitalisierung, gesetzliche Reglementierung und Überbürokratisierung zerstören die Praxen“, so Baumgärtner.

Der designierte MEDI-Vorstandsvorsitzende Dr. Norbert Smetak kündigte an, Ärztinnen und Ärzte würden „nicht ruhen und weiter protestieren“, wenn „die Politik nicht aufwacht“.

Ärzte-Protest in Stuttgart

Am Mittwochmittag hat in Stuttgart eine von MEDI Baden-Württemberg organisierte Protestaktion stattgefunden. Neben niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeuten haben Praxisteams sowie Patientinnen und Patienten teilgenommen.

Die Allgemeinärztin Dr. Cathérine Hetzer-Baumann, die bei MEDI das Nachwuchsprogramm Young MEDI leitet, prangerte laut Redemanuskript die überbordende Bürokratie in den Praxen an. Es könne nicht sein, dass die mit den Patienten verbrachte Zeit „mittlerweile den geringsten Anteil im Praxisalltag einnimmt“. Dafür sei sie nicht Ärztin geworden.

Andere Redner wie der Vorsitzende des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte in Baden-Württemberg, Dr. Roland Fressle, wiesen auf Terminnöte und Aufnahmestopps in den Praxen von Pädiatern hin.

Die Medizinische Fachangestellte und Praxismanagerin Petra Schäfer beklagte fehlende Wertschätzung seitens der Politik insbesondere während der Pandemie. Ihre Kolleginnen und Kollegen seien „einfach vergessen“ worden.

KVBW: Mehr Freiheit für die Praxen

KV Baden-Württemberg und die Landesärztekammer signalisierten am Mittwoch den Protestierenden Solidarität. „Die Politik sollte es ernst nehmen, wenn die Ärzteschaft quer durch die Berufsverbände zu einer zentralen Protestaktion aufruft“, mahnte KV-Vorstandschef Dr. Karsten Braun.

Die KV-Vizevorsitzende Dr. Doris Reinhardt rief zu auf, die Attraktivität für die selbstständige Tätigkeit zu erhöhen. Sie forderte, den Praxen mehr Freiheit einzuräumen, „auch bei telemedizinischen Beratungsangeboten“. Die Sorge der KVBW sei es, „dass wir immer weniger Mitglieder haben, die bereit sind, die Verantwortung für eine Praxis zu übernehmen“, so Reinhardt.

Forderung: Ärztliche Kompetenz in politische Prozesse einbinden

MEDI-Vize Eckstein forderte von Gesundheitspolitikern, die Kompetenz von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in den politischen Willensbildungsprozess einzubinden. „Es kann nicht sein, dass Regelungen, die elementar in die Praxisabläufe eingreifen, von einer Gruppe praxisferner sogenannter Experten ausgearbeitet werden“, sagte der Protestorganisator der Ärzte Zeitung.

Als Erstes erwarte er, „dass Minister Lauterbach und sein Apparat schnell bemerkt, dass etwas nicht stimmt im Gesundheitssystem“. Eckstein zeigte sich sicher: „Mit Protesten, die wir steigern können, werden wir uns Gehör verschaffen.“

## Presseauswertung vom 22.06.2023

Bei der Veranstaltung auf dem Schlossplatz gab der Comedian Max Oswald den nicht-ärztlichen Protestteilnehmern einen ironischen Rat: „Wenn du keinen Arzttermin bekommst, dann suche dir Freunde in allen medizinischen Fachdisziplinen!“ (fst)

### regioTV, 21.06.2023

## Ärzteprotest in Stuttgart - etwa 3 000 Menschen demonstrieren gegen die Gesundheitspolitik

<https://www.regio-tv.de/mediathek/video/aerzteprotest-in-stuttgart-etwa-3-000-menschen-demonstrieren-gegen-die-gesundheitspolitik/>

Weniger Bürokratie, angepasste Vergütung und ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen- das sind nur einige Forderungen der etwa 3 000 Ärzte beim Ärzteprotest auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Der fachübergreifende Ärzteverband MEDI Baden-Württemberg e.V. hatte zu der Protestveranstaltung aufgerufen – gemeinsam mit weiteren elf Berufsverbänden. Praxisteams aus ganz Baden-Württemberg nahmen an der Demonstration in der Landeshauptstadt teil. Die Demonstranten trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen „Mehr Zeit für Patienten“ oder „Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist“ zu lesen war.

### Stuttgarter Zeitung, 22.06.2023

## Stuttgart Niedergelassene Ärzte protestieren gegen Gesundheitspolitik

stuttgarter-zeitung.de vom 21.06.2023 16:12

Auf dem Stuttgarter Schlossplatz haben mehrere Tausend Ärztinnen und Ärzte gemeinsam mit ihren Praxisteams gegen die Gesundheitspolitik demonstriert. Kritisiert wurden unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung.

Mehrere tausend niedergelassene Ärztinnen und Ärzte haben am Mittwoch gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Stuttgart er Schlossplatz gegen die aus ihrer Sicht fehlgeleitete Gesundheitspolitik demonstriert. Die Veranstalter sprachen von rund 3000 Teilnehmern. Die Demonstranten trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen „Mehr Zeit für Patienten“ oder „Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist“ zu lesen war.

Die Rednerinnen und Redner kritisierten unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung, die in den Praxen für viel Arbeit Sorge. „Uns wird eine Digitalisierung aufgezwängt, die zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht ist“, sagte Norbert Smetak, stellvertretender Vorsitzender des Medi-Verbands, der die Kundgebung organisiert hatte. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben rund 5000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg.



## Presseauswertung vom 22.06.2023

Unterstützung kommt von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg

Außerdem kritisieren die Ärztinnen und Ärzte eine aus ihrer Sicht überholte Gebührenordnung sowie den Wegfall der sogenannten Neupatientenregelung. Diese garantierte den Medizinerinnen, dass sie für neu aufgenommene Patienten ein zusätzliches Honorar bekamen. „Mit dem Wegfall wächst die Terminnot wieder“, sagte Smetak.

Unterstützung erhielten die Ärztinnen und Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Die Praxen seien das Rückgrat der medizinischen Versorgung, sagte deren Vorsitzender Karsten Braun. „Wenn hier die Versorgung als gefährdet angesehen wird, ist das mehr als ein Alarmzeichen.“ Es brauche weniger Bürokratie und ein zeitgemäßeres Vergütungssystem, das etwa auch zur Entlastung angestelltes Personal abbilde.

## Schwäbische Zeitung - Aalener Nachrichten, 22.06.2023

### **Protest in Stuttgart macht auf mangelnde ärztliche Versorgung aufmerksam**

Über 3000 Ärztinnen und Ärzte, Medizinische Fachangestellte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben am Mittwoch auf dem Schlossplatz in Stuttgart demonstriert. Darunter waren auch etliche Vertreter aus dem Ostalbkreis, deren Praxen an diesem Tag geschlossen blieben, damit sie ihrem Ärger über die ihrer Ansicht nach schlechte Gesundheitspolitik Luft machen konnten.

Unter den Protestlern war auch Sebastian Hock, Vorsitzender der Ärzteschaft Aalen, der mit einem Bus, unter anderem gefüllt mit Allgemeinmedizinerinnen und Kinderärzten, Richtung Landeshauptstadt gefahren ist. Ebenso wie seine Mitstreiter macht er sich Sorgen um die ambulante medizinische Versorgung im Kreis. Vor allem im ländlichen Bereich, wo bereits viele Praxen geschlossen haben und kein Nachfolger gefunden wird, sei diese in Zukunft massiv gefährdet. Gründe dafür seien gesundheitspolitische Entscheidungen wie die Abschaffung der Neupatientenregelung, der fehlende Inflationsausgleich für Praxen oder die schleppende Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Auch die überbordende Bürokratie lasse immer weniger Zeitraum für Gespräche mit den Patienten. „So geht es nicht weiter“, sagt Hock im Gespräch mit den „Aalener Nachrichten/lpf- und Jagst-Zeitung“, der weitere Demonstrationen nicht ausschließt. Eine Veranstaltung wie am Mittwoch in Stuttgart sei nur der Beginn, um die Politik wachzurütteln

**Pforzheimer Zeitung, 22.06.2023**

## **Ärzte protestieren gegen Gesundheitspolitik**

David Nau

Mehrere Tausend niedergelassene Ärztinnen und Ärzte haben am Mittwoch gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die aus ihrer Sicht fehlgeleitete Gesundheitspolitik demonstriert. Die Veranstalter sprachen von rund 3000 Teilnehmern. Die Demonstranten trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen „Mehr Zeit für Patienten“ oder „Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist“ zu lesen war.

Die Rednerinnen und Redner kritisierten unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung, die in den Praxen für viel Arbeit Sorge. „Uns wird eine Digitalisierung aufgezwängt, die zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht ist“, sagte Norbert Smetak, stellvertretender Vorsitzender des Medi-Verbands, der die Kundgebung organisiert hatte. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben rund 5000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg. Außerdem kritisieren die Ärztinnen und Ärzte eine aus ihrer Sicht überholte Gebührenordnung sowie den Wegfall der sogenannten Neupatientenregelung. Diese garantierte den Medizinern, dass sie für neu aufgenommene Patienten ein zusätzliches Honorar bekamen. „Mit dem Wegfall wächst die Terminnot wieder“, sagte Smetak.

Unterstützung erhielten die Ärztinnen und Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Die Praxen seien das Rückgrat der medizinischen Versorgung, sagte deren Vorsitzender Karsten Braun. „Wenn hier die Versorgung als gefährdet angesehen wird, ist das mehr als ein Alarmzeichen.“ Es brauche weniger Bürokratie und ein zeitgemäßeres Vergütungssystem, das etwa auch zur Entlastung angestelltes Personal abbilde.

**Ludwigsburger Kreiszeitung, 22.06.2023**

## **Ärzte-Protest auf dem Schlossplatz**

Mehrere Tausend niedergelassene Ärztinnen und Ärzte haben gestern gemeinsam mit ihren Praxisteams auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Gesundheitspolitik demonstriert. Die Veranstalter sprachen von rund 3000 Teilnehmern. Die Demonstranten trugen teils Arztkittel und reckten Schilder in die Höhe, auf denen „Mehr Zeit für Patienten“ oder „Die Politik wacht erst auf, wenn die letzte Praxis zu ist“ zu lesen war.

Die Rednerinnen und Redner kritisierten unter anderem überbordende Bürokratie und ineffiziente Digitalisierung, die für viel Arbeit Sorge. „Uns wird eine Digitalisierung aufgezwängt, die zwar gut gedacht, aber schlecht gemacht ist“, sagte Norbert Smetak, stellvertretender Vorsitzender des Medi-Verbands, der die Kundgebung organisiert hatte. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben rund 5000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in Baden-Württemberg. Zudem kritisieren die Ärztinnen und Ärzte eine aus ihrer Sicht überholte Gebührenordnung sowie den Wegfall der Neupatientenregelung. Diese garantierte bei neu aufgenommenen Patienten zusätzliches Honorar. „Mit dem Wegfall wächst die Terminnot wieder“, sagte Smetak.

Unterstützung erhielten die Ärztinnen und Ärzte von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Die Praxen seien das Rückgrat der medizinischen Versorgung, sagte deren Vorsitzender Karsten Braun. „Wenn hier die Versorgung als gefährdet angesehen wird, ist das mehr als ein Alarmzeichen.“ Es brauche weniger Bürokratie und ein zeitgemäßeres Vergütungssystem, das etwa auch zur Entlastung angestelltes Personal abbilde. (lsw)

**Änd.de, 21.06.2023**

### **Hausärzteverband: Enttäuschend und in Teilen haarsträubend**

Der Deutsche Hausärzteverband hat die am Dienstag bekannt gewordenen Referentenentwürfe zu Digitalgesetzen als insgesamt enttäuschend bezeichnet. Neben einigen guten Ansätze würden sie sehr viel „Stückwerk“ beinhalten. In Teilen seien die Pläne aus der Sicht des Hausärzteverbandes haarsträubend würden mit bewährten Prinzipien des deutschen Gesundheitswesens brechen.

Positiv bewertete der DHÄV die Einführung einer Opt-Out ePA. Diese könne eine echte Bereicherung sein. Sehr viel wird aus Sicht des Hausärzteverbandes allerdings davon abhängen, ob Ärztinnen und Ärzte die ePA schnell und möglichst automatisiert befüllen können. „Wenn die Befüllung so umständlich bleibt, wie bisher und die Daten weiterhin unstrukturiert vorliegen, wird die ePA zum Rohrkrepierer“, warnte der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes, Dr. Markus Beier. An dieser Stelle sieht er insbesondere die PVS-Hersteller in der Pflicht, ihre zum Teil „vollkommen überholten“ Systeme auf Vordermann zu bringen. Die ePA dürfe nicht zum Zeitfresser in den Hausarztpraxen werden, forderte der DHÄV-Chef. Den Überlegungen, dass Patientinnen und Patienten die Zugriffsrechte auf ihre ePA in den Praxen verwalten können, erteilte er eine deutliche Absage.

Als alarmierend bezeichnete Beier, dass Krankenkassen zukünftig auf Grundlage von Versichertendaten Warnungen an die Patientinnen und Patienten ausspielen können sollen, wenn sie der Meinung sind, dass diese an bestimmten schweren Erkrankungen leiden könnten. Hier soll es laut dem Referentenentwurf dann einen Hinweis geben, sich schnellstmöglich an eine Ärztin oder einen Arzt zu wenden. „Das würde dazu führen, dass die Menschen eine unspezifische Warnung von ihrer Krankenkasse erhalten, die viele nachvollziehbarerweise verängstigen wird – ohne dass ersichtlich ist, worum es überhaupt geht“, gab er zu bedenken. Aus seiner Sicht ist ein sehr weitgehender Eingriff, der auch rechtlich intensiv geprüft werden müsse.

Zweifel äußerte der DHÄV-Chef außerdem darüber, ob die Krankenkassen überhaupt in der Lage sind, auf Basis der Abrechnungsdaten zu inhaltlich sinnvollen Einschätzungen zu kommen. „Wir sind in Deutschland in der Vergangenheit gut damit gefahren, dass Krankenkassen, die ja insbesondere daran interessiert sind Kosten zu sparen, sich im Interesse der Patientinnen und Patienten bei medizinischen Fragen rauszuhalten haben“, betonte er. Dieses bewährte Prinzip werde fahrlässig über Bord geworfen.

„Absolut unausgegoren“ sind seiner Auffassung nach die Maßnahmen zur assistierten Telemedizin in Apotheken. „Statt die hausärztliche Versorgung in der Fläche zu stärken, sollen die Kolleginnen und Kollegen jetzt vor dem Bildschirm sitzen und darauf warten, dass sich eine Apotheke mit einer Frage meldet“, kritisierte Beier. Das sei weltfremd, fresse die knappen ärztlichen Ressourcen und mache die Versorgung noch unübersichtlicher als ohnehin schon.

## Presseauswertung vom 22.06.2023

Die bisher geltende Begrenzung der Videosprechstunden auf maximal 30 Prozent der ärztlichen Arbeitszeit komplett aufzuheben, betrachtet er als Fehler. Es wäre deutlich sinnvoller, diese beispielsweise auf 50 Prozent zu erhöhen, statt sie komplett zu streichen. Darin sieht der Hausärzteverband ein Einfallstor für die Call-Center-Medizin durch kommerzielle Anbieter, die ausschließlich Videosprechstunden im Portfolio haben. Bei der gab zu bedenken, dass eine Anschlussversorgung in einem solchen Fall nicht gesichert sei. Leidtragende seien die Patientinnen und Patienten.

Industrie: „Licht und Schatten“

Deutlich positiver, wenn auch nicht kritiklos, bewertete der Verband der Diagnostica-Industrie (VDGH) die beiden Referentenentwürfe. Der Verband begrüßte es ausdrücklich, dass der forschenden Industrie ein Zugang zu pseudonymisierten Gesundheitsdaten gewährleistet werden soll. Ein Schritt in die richtige Richtung sei auch, dass die Zuständigkeit von den Landesdatenschutzbeauftragten auf den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) übertragen werden soll. Die einheitliche Auslegung des Datenschutzes werde Innovationen im Gesundheitswesen fördern, hofft der VDGH.

Kritisch sieht der Verband dagegen, dass mit der Neufassung des Digital-Gesetzes Digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) zwar erweitert werden, Versicherte jedoch weiterhin keinen Anspruch auf In-vitro-Diagnostik-Software bekommen sollen. Insbesondere chronisch kranke Patienten wie Diabetiker, Patienten mit Lungenerkrankungen oder Pflegebedürftige würden von zahlreichen digitalen Gesundheitsanwendungen, die Daten aus In-vitro-Diagnostika verarbeiten, nicht profitieren.

Große Fortschritte sieht der Bundesverband Managed Care (BMC) in den Entwürfen. „Entscheidend ist die letzte Meile der Digitalisierung hin zum Patienten. Konkrete Verbesserungen wie die Aufhebung der Mengenbegrenzung bei der Videosprechstunde, der Einstieg in digitale DMPs oder die Ausweitung der DiGAs weisen dafür den Weg. Sie haben hohen praktischen Nutzen sowohl für Patienten als auch für alle an der Versorgung Beteiligten“, sagte BMC-Vorsitzender Prof. Lutz Hager. Gleichzeitig würden damit positive Signale an Technologieanbieter gesetzt. Autor/-in: ea

## Waiblinger Kreiszeitung, 22.06.2023

### Protesttag: Kinderarztpraxen sind zu

Von unserem Redaktionsmitglied Pia Eckstein

So gut wie alle Kinderarztpraxen im Rems-Murr-Kreis machen am Dienstag, 27. Juni, für einen Tag zu. Denn: „Die Gesundheitsversorgung unserer Kinder ist massiv bedroht.“ Die Kinderärztinnen und -ärzte schlagen Alarm und wollen so nicht mehr weitermachen. Nur drei Notdienst-Praxen werden dafür sorgen, dass akut schwer kranke Kinder versorgt werden. Termine wird es keine geben, Schlangen sind vorprogrammiert.

Keine Chance auf eine weitere Kinderarztpraxis im Rems-Murr-Kreis

Sollte ein Kinderarzt die Idee haben, im Rems-Murr-Kreis eine Praxis aufmachen zu wollen – schließlich wird dort viel über die Not berichtet, die Familien bei der Kinderarztsuche haben, das Geschäft müsste also laufen –, geht er auf die Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung.

## Presseauswertung vom 22.06.2023

Dort geht er weiter zur Bedarfsplanung und der Frage „Offen oder gesperrt?“. Und dann wird er sehen: Der Rems-Murr-Kreis prangt in Rot. Keine Chance auf eine zusätzliche Praxis.

Die Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung, veröffentlicht am 1. März 2023, analysiert die Lage im Rems-Murr-Kreis so: Insgesamt gibt es im Rems-Murr-Kreis 28,75 Kinderärzte. Im Rems-Murr-Kreis sollten 26 Kinderärzte sein. Damit liegt der Versorgungsgrad bei 111,9 Prozent. Es gibt keine Unterversorgung. Es droht auch keine Unterversorgung. Niemand kann sich niederlassen.

Warum zetern Eltern eigentlich immer so? Warum schlagen die Rems-Murr-Kinderärzte immer wieder Alarm, beschweren sich über die Zustände und setzen Familien mit kranken Kindern jetzt einen ganzen Tag der Zumutung eines Streiks aus?

Um die Kassenärztliche Vereinigung etwas aus der Schusslinie zu nehmen: Sie hat sich die Bedarfsplanung für Baden-Württemberg nicht ausgedacht. „Die aktuelle Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) gilt seit 1. Januar 2013“, heißt es auf der Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung. Das Bundesministerium für Gesundheit erklärt den Gemeinsamen Bundesausschuss so: „In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gibt der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der medizinischen Versorgung vor. Die Einzelheiten werden von der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen festgelegt. Ihr wichtigstes Organ ist der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA).“ Das heißt: Dort wurde und wird unter anderem beschlossen, wie viele Kinderärzte im Rems-Murr-Kreis tätig sein dürfen. Das Gesetz, auf das sich der G-BA dabei beruft, formuliert so: Die etwa 74 Millionen gesetzlich krankenversicherten Menschen in Deutschland – darunter auch viele Kinder und Jugendliche – „haben Anspruch auf eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung“.

Die hiesigen Kinderärzte sehen die Gesundheitsversorgung in Gefahr

Dass diese „ausreichende“ Gesundheitsversorgung für die Kinder im Rems-Murr-Kreis gewährleistet ist, das bezweifeln die hiesigen Kinderärztinnen und -ärzte inzwischen vehement. Das bislang immer gültige „Gentleman's Agreement“, so der Sprecher der Kinderärzte im Rems-Murr-Kreis, Ralf Brügel, das bisher dafür sorgte, dass Neugeborene und Zugezogene beim nächsten Kinderarzt unterkommen, gilt nicht mehr. Es gibt Arztpraxen, die sind so dicht, dass niemand mehr aufgenommen wird. Nur akut schwer kranke Kinder wird und muss jeder Kinderarzt anschauen und versorgen.

„Die Gesundheitsversorgung unserer Kinder ist massiv bedroht“, titelt Ralf Brügel. Er erklärt: „Die Lage bei uns Kinderärztinnen und Kinderärzten ist dramatisch.“ Die Politik wolle seit Jahren weismachen, dass es eine Überversorgung an Kinderärzten gebe – „doch das stimmt einfach nicht“. Die Berechnungen, die zur Sperrung des Rems-Murr-Kreises führen, basierten auf „völlig veralteten Grundlagen“. In den Praxen hätten sich Zeiten und Aufwand massiv verändert. Es gebe das Vielfache an Impfungen, das Vielfache an Untersuchungen, deutlich mehr und komplexere Krankheitsbilder, eine Zunahme psychosozialer Probleme, Vorstellungen in der Praxis wegen Schulschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsproblemen (Gründe sind vielfältig: gesellschaftliche Entwicklungen, Handy und Medienkonsum etc.) die Flüchtlingswellen: Die Versorgung der Familien ist wichtig, aber oft durch Sprachbarrieren viel zeitaufwendiger

Das Ergebnis, so Brügel: Die Praxen seien überlastet, die Ärztinnen und Ärzte könnten immer mehr Kinder nicht mehr angemessen versorgen.

Hinzu kommt die Sorge um die Zukunft. Denn die immer schlechteren Arbeitsbedingungen führten dazu, dass kaum ein Mediziner mehr in einer Praxis arbeiten wolle. Die Kinderärztinnen und -ärzte, schreibt Brügel, stellten sich inzwischen nicht mehr die Frage, wie die Situation verbessert werden könnte, sondern wie sie verhindern könnten, dass es noch schlechter wird.

## KBV

Änd.de, 21.06.2023

### **"Digitalisierung darf nicht zum Selbstzweck werden!"**

Die in dieser Woche aufgetauchten Referentenentwürfen zum Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) sowie zum Digital-Gesetz (DigiG) lösen in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) wenig Euphorie aus. Die Vorstände, Dr. Andreas Gassen, Dr. Stephan Hofmeister und Dr. Sibylle Steiner, sprechen in einer ersten Stellungnahme von „Ganz viel Schatten, aufgehellte mit ein wenig Licht“.

Es sei zutiefst frustrierend für die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen, dass das Bundesgesundheitsministerium wieder einmal Verpflichtungen und Sanktionen gegenüber den Praxen einsetzen wolle, kritisieren die KBV-Vorstände. „Dieses Mal, um das längst noch nicht massentaugliche eRezept mit der Brechstange durchzusetzen.“

„Herr Minister Lauterbach: Sie hatten uns zugesagt, dass solche untauglichen und jegliche Akzeptanz zerstörenden Zwangsmaßnahmen der Vergangenheit angehören werden! Digitalisierung darf nicht zum Selbstzweck werden! Das gilt erst recht für die elektronische Patientenakte. Deren Struktur muss sich grundlegend ändern, damit sie vom Nischenprodukt mit Paradiesvogelstatus zur Massenapplikation werden kann“, warnen die Vorstände.

Die ePA müsse sich schnell und – wie vom Bundesgesundheitsminister angekündigt – automatisch befüllen lassen. Außerdem seien die Anbieter von Praxisverwaltungssystemen gefordert, ihre Systeme anzupassen. „Geschieht dies alles nicht, wird die ePA keine Akzeptanz finden, weder bei Patientinnen und Patienten noch bei den niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen.“

Immerhin sei die vorgesehene Opt-Out-Regelung für Patienten sinnvoll. An anderer Stelle sieht der Vorstand neue Gefahren aufziehen: „Die Vorstellung, dass Krankenkassen aufgrund der Auswertung von Abrechnungsdaten ihre Versicherten warnen können, unter Umständen an schweren Erkrankungen zu leiden, ist nur gruselig. Sollen dann vollkommen verunsicherte Versicherte zusätzlich in die Praxen strömen?“ Zudem hätten sich die Krankenkassen bisher alles andere als wirklich interessiert gezeigt an „einer adäquat finanzierten und umfassenden Versorgung ihrer Versicherten“. Autor/-in: js